

Bildung, Jugend

Welche Forderungen im Bildungsstreik?

Von Korrespondent Duisburg | 26. November 2009

Der folgende Text ruft zu einer Diskussion, welche Forderungen für Studierende im Bildungsstreik sinnvoll sind. Er ist der Zeitung der Verdi-Campusgruppe an der Universität Duisburg-Essen entnommen.

Der folgende Text ruft zu einer Diskussion, welche Forderungen für Studierende im Bildungsstreik sinnvoll sind. Er ist der Zeitung der Verdi-Campusgruppe an der Universität Duisburg-Essen entnommen.

Aufruf zur Debatte über die Forderungen der Studierenden

Die Situation an den Hochschulen ist nicht mehr hinnehmbar. Seitdem die europäische Wirtschaft über die Bologna-Reform der Studierendenschaft ihre Ausbildungsprogramme aufdrängte, wandelte sich das Studium in einen stupiden und krankmachend-stressigen Klausuren- und Vorlesungsmarathon. Viele merken anhand zahlreicher Absagen bei der Suche des Pflichtpraktikums im Rahmen des Bachelorstudiums, dass ihre Berufsaussichten nach dem Studium eher pessimistisch einzuschätzen sind. Die Studienkredite, welche zusammen mit den Studiengebühren eingeführt wurden, erweisen sich als doch nicht so gute Investition in die Zukunft.

Dieser kleine Auszug aus dem Leben vieler Studierender macht deutlich, dass eine politische Lösung für die Bildungsmisere gefunden werden muss. Da die etablierten politischen Strukturen und Parteien nicht nur die Zustände an den Hochschulen ignorieren, sondern sie sogar verursachen, gilt es selbst Verantwortung zu übernehmen und als Teil der außerparlamentarischen Bewegung die starren Strukturen zu erschüttern und unser eigenes Programm durchzusetzen.

Der Bildungsstreik soll Anstoß zu einer Debatte sein, an deren Ende wir unsere Forderungen formuliert haben. An dieser Stelle möchte ich folgende Forderungen zur Debatte stellen:

Auch Studierende brauchen eine Grundsicherung

- – Eltern- und leistungsunabhängiges BAföG ohne Begrenzung durch Regelstudienzeiten,
- – Förderung statt Forderung – keine Rückzahlung des BAföG,
- – Förderung der Mobilität: kostenfreies Europa-Ticket für alle Studierenden,
- – Abschaffung aller Studiengebühren,
- – Nebenjobs sind Niedriglohnjobs – gesetzlicher Mindestlohn von 10 € die Stunde,
- – Abschaffung der Regelstudienzeiten.

Öffnung der Hochschulen

- – Abschaffung jeder Zulassungsbeschränkung! Zulassung unabhängig von der Nationalität,
- – Förderung der Vielfalt an den Hochschulen – gleiche Rechte für alle Studierenden – bedingungslose

- – Einbürgerung aller Studierenden mit Migrationshintergrund ohne Einbürgerungstest,
- – Gleiche Förderung durch BAföG auch für MigrantInnen.

Studienstruktur

- – radikale Reduzierung der Anzahl der zu erbringenden Prüfungsleistungen,
- – Schaffung von Studiengängen ohne zu erbringende Prüfungsleistungen,
- – Leistungsbewertung ist Willkür – Offenlegung der Bewertungskriterien – Veröffentlichung der Musterklausur einen Tag nach der Prüfung – Klausureinsicht spätestens drei Wochen nach der Klausur – Vetorecht der Studierenden bei umstrittener Benotung,
- – Projektarbeit in kleinen Gruppen statt Massenvorlesung,
- – Mehr Dozierende, die bei Projekten individuell beraten können,
- – Abschaffung der Anwesenheitspflicht und Chipkartenkontrolle,
- – Studierende müssen ihre Dozierenden frei wählen können.

Hochschulen in die Hände der Studierendenschaft

- – Reduzierung der Belastung durch Arbeitszeit in Nebenjobs, Vorlesungen und Seminaren, um die Beteiligung aller Studierenden in der studentischen Selbstverwaltung zu gewährleisten,
- – Studentenräte statt Repräsentation – die etablierten Strukturen sind für den größten Teil der Studierenden nicht repräsentativ und von der Masse der Studierendenschaft getrennt – alle Studierenden müssen über die Gebäude der Hochschule, das Personal, die Einrichtungen und Institute, Forschungsvorhaben und Kooperationen mit anderen gesellschaftlichen Institutionen wie Unternehmen, Gewerkschaften oder der sozialen Bewegung entscheiden können,
- – Basisdemokratische Organisierung in Projekten, Seminaren und Vorlesungen – Wahl von jederzeit abwählbaren Delegierten, die das Projekt, Seminar oder die Vorlesung auf höherer Ebene vertreten,
- – Vertretung der Studierendenschaft mit 50 % Stimmanteil in allen Gremien, die über die sozialen Belange der Studierenden oder die Finanzierung der Hochschule entscheiden.

Bachelor- und Masterstudiengänge sind Ausbildungsprogramm der Wirtschaft

- – Die Wirtschaft muss Studierende übernehmen,
- – Abschaffung von befristeten Arbeitsverträgen,
- – Abschaffung der Zwangspraktika im Rahmen des Studiums,
- – Arbeit nur gegen Geld – gesetzliches Praktikumsentgelt von mindestens 400 € im Monat.

www.verdi-campus.de

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 26. November 2009
in der Kategorie: **Bildung, Jugend, RSB4.**